

OA-Update / 3, 10.2.2021

Osteuropa



Im aktuellen Osteuropa-Update befassen wir uns dieses Mal mit dem Stand der Verhandlungen zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Ukraine. Neben Mitteln aus dem laufenden Kreditprogramm mit dem IWF möchte das Land auch weiterhin auf die Emission von Eurobonds setzen. In

Belarus laufen die Vorbereitungen für die „Allbelarussische Volksversammlung“, in deren Rahmen Vorschläge für Verfassungsänderungen erarbeitet werden sollen. Beobachter zweifeln daran, ob mit diesem Instrument die innenpolitische Krise überwunden werden kann. Trotz oder gerade wegen der COVID-19 Krise verzeichnete die armenische IT-Wirtschaft ein Rekordwachstum im abgelaufenen Jahr. Die Regierung plant zudem ein neues Wachstumsprogramm, um der Wirtschaft Schwung zu verleihen. In Georgien hat die Regierung seit Anfang Februar erste Öffnungen für Handel, Hotellerie und Gastgewerbe umgesetzt. Aserbaidschan konnte im Jahr 2020 einen Erfolg im Sinne der Diversifizierung der Wirtschaft verbuchen. Das Steueraufkommen aus dem Nicht-Öl-Sektor stieg um knapp ein Viertel.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

In der Ukraine liegt die **Corona-Inzidenz** der vergangenen sieben Tage nach offiziellen Angaben bei rund 65 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner (Stand: 8. Februar 2021). Damit ist das **Infektionsgeschehen im Vergleich zu den vergangenen Wochen weiter rückläufig**. Weitergehende Informationen, u.a. zu aktuell geltenden Restriktionen, stellt die ukrainische Regierung unter <https://covid19.gov.ua/en/> zur Verfügung.

Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** arbeitet derzeit an der ersten **Überprüfung der Stand-By Kreditvereinbarung** mit der Ukraine. Zentrales Kriterium für die Auszahlung der nächsten Tranchen wird die vollständige Wiederherstellung der **Kompetenz und Arbeitsfähigkeit der Behörden und Institutionen der Korruptionsbekämpfung** sein. Die **Botschafter der G7-Länder** unterstützten diese Forderungen in einem Appell an die Regierung.

Hinzu kommt die Einführung einer **Preisobergrenze für Gas** in den Monaten Februar und März, die **ebenfalls kritisch** gesehen wird. Im Herbst des vergangenen Jahres sorgte ein **Urteil des Verfassungsgerichts** der Ukraine für Aufsehen und Besorgnis, in dessen Konsequenz die Arbeitsfähigkeit verschiedener Anti-Korruptionsbehörden und Mechanismen der Korruptionsbekämpfung deutlich eingeschränkt wurden.

Die Ukraine und der IWF haben sich im Juni 2020 über ein **Kreditprogramm in Höhe von 5,2 Milliarden US-Dollar** verständigt. Bisher wurde nur eine Tranche ausgezahlt. Experten schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass eine weitere Tranche im ersten Quartal 2021 fließt als gering ein. Das ukrainische Finanzministerium rechnet für das Jahr 2021 mit der Zahlung von insgesamt 2,2 Milliarden US-Dollar aus dem IWF-Programm. Nach dem Willen der ukrainischen Regierung sollen **weitere 2,4 Milliarden US-Dollar** über die **Ausgabe neuer Eurobonds** hinzukommen. Dies teilte die Nationalbank der Ukraine mit. Die Experten der Investmentgesellschaft Concorde Capital halten die **Auszahlung** der kompletten IWF Mittel im Jahr 2021 für **unwahrscheinlich**, sodass es höchstwahrscheinlich zu einer **stärkeren Kreditaufnahme über Eurobonds und nationalen Bonds kommen werde**.

Der ukrainische **Sicherheitsdienst SBU unterband** die für den 31. Januar **geplante Aktionärsversammlung von Motor Sich**, auf der die Ablösung des Aufsichtsrats des Unternehmens eingeleitet werden sollte. Hintergrund der Auseinandersetzungen sind Fragen über die Eigentümerschaft an Motor Sich. Der chinesische Investor Skyrizon sieht sich als Mehrheitseigentümer, nachdem entsprechenden Anteile bis zum Jahr 2017 erworben worden seien. Die **ukrainische Regierung, aber auch die US-Regierung verhängte in diesem Zusammenhang Sanktionen gegen Skyrizon**. Offen bleibt, welche Auswirkungen das Vorgehen auf das ukrainisch-chinesische (Wirtschafts-)Verhältnis haben wird. In der Auseinandersetzung über die Eigentümerschaft und die weitere Entwicklung von Motor Sich zeichnet sich aktuell jedoch keine Lösung ab. **Motor Sich zählt zu den technologisch entwickeltesten Unternehmen im Bereich Motorenbau mit Luftfahrtbezug und ist von strategischer Bedeutung auch im militärischen Bereich**.

Der amtierende Energieminister der Ukraine, Juri Witrenko, sowie Außenminister Dmitro Kuleba bekräftigen in Interviews und Stellungnahmen das **strategische Ziel, den ukrainischen Strommarkt rasch in den europäischen Strommarkt (ENTSO-E) zu integrieren** und sich damit vom Verbund mit Russland und Belarus abzukoppeln. Witrenko bezeichnete es als eine seiner Hauptaufgaben, den Strommarkt der Ukraine zu einem transparenten Wettbewerbsmarkt zu transformieren. Strategisches Ziel ist es, im Jahr 2023 dem europäischen Verbund vollständig beizutreten. **Aktuell sind rund vier Prozent des ukrainischen Netzes an ENTSO-E angeschlossen.**

Kritisch bleibt der Status mit Blick auf **ausstehende Zahlungen an Projektentwickler im Bereich Wind- und Solarenergie**. Nach einem Zahlungsstopp und nachverhandelten Einspeisevergütungen im Sommer 2020 warten viele Unternehmen noch immer auf ausstehende, vertraglich vereinbarte Zahlungen durch den ukrainischen Staat. Betroffene Unternehmen und Verbände mahnten die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen an.

Der **Nationale Reformrat** der Ukraine hat dem Parlament einen **Gesetzentwurf vorgelegt**, um den Zeitraum zu **verkürzen, in dem ein Stromanschluss zur Verfügung gestellt wird**. Aktuell dauert dies noch 270 Tage. Gemäß der neuen Regelung soll die Frist künftig auf 97 Tage sinken. Das Parlament muss dem Vorschlag noch zustimmen.

Die Ukraine unternimmt einen Schritt hin zur **papierlosen Verwaltung**. Der ukrainische Minister für digitale Transformation Michailo Fedorow teilte mit, dass ab dem 1. September 2021 Behörden keine Papierdokumente mehr annehmen werden, wenn die entsprechenden Informationen bereits in digitaler Form bei den Behörden vorliegen. Damit soll der **Verwaltungsaufwand und die Korruptionsanfälligkeit von behördlichen Vorgängen verringert werden**.

Belarus

Die **Vorbereitungen zur „Allbelarussischen Volksversammlung“**, die im Februar 2021 stattfinden soll, nehmen Formen an. Im Rahmen dieses Prozesses sollen Veränderungen der Verfassung des Landes durchgeführt werden. **Am Ende des Verfahrens** sollen die Vorschläge zur **Abstimmung der Bevölkerung** vorgelegt werden. Kritiker bemängeln, dass **ausschließlich regierungstreue Institutionen** und Personen an diesem Prozess beteiligt seien, bezweifeln das Verfahren und stehen möglichen Ergebnissen bereits jetzt kritisch gegenüber. Vertreter der Demokratiebewegung nehmen nicht an dem Format teil.

Belarus lenkt seine Exporte stärker über russische Häfen und nimmt von Kooperationen mit Litauen Abstand. Anfang Februar wurde ein Vertrag mit dem **Hafen St. Petersburg** über den Export von Ölprodukten über diesen Weg abgeschlossen.

Nach Angaben der **Nationalbank von Belarus** beendete das Land das Jahr **2020** mit einer **Auslandsverschuldung von 18,6 Milliarden US-Dollar**. Dies ist eine Zunahme von 1,4 Milliarden US-Dollar oder **8,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr**. Die gesamte Staatsverschuldung von Belarus stieg im Jahr 2020 um 29 Prozent.

Die **Nationalbank soll nach Plänen gemeinsam mit dem Ministerrat** ab Juli 2021 berechtigt sein, **Devisen- und Geldwechselgeschäfte zu verbieten**, Grenzwerte für Geldwechselgeschäfte festzusetzen und Genehmigungsverfahren für Devisentransaktionen einzuführen. Dies teilte die Bank mit.

Verschiedene **Steuererhöhungen und -änderungen** belasten im Land Verbraucher und Unternehmen. In diesem Zuge hat das belarussische Gesundheitsministerium nun **Pharmaunternehmen und Apotheken** aufgeforderter, **keine Preiserhöhungen** vorzunehmen und hat **nötigenfalls Preisdeckelungen** angedroht. Hintergrund ist, dass sich die Preise für Arzneimittel im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer auf diese Produkte von zehn Prozent perspektivisch verteuern.

Im Sommer vereinbarten Aleksandr Lukaschenko und der russische Präsident Wladimir Putin die Bereitstellung eines **russischen Staatsdarlehens für Belarus**. Eine **erste Tranche wurde bereits ausgezahlt**. Die **zweite Tranche** im Wert von 500 Millionen US-Dollar solle nach Angaben des belarussischen Finanzministeriums **noch in der ersten Jahreshälfte 2021** ausgezahlt werden. Unterdessen ist die **Unsicherheit** insbesondere im **Finanz- und Bankensektor** groß. Die anhaltende politische Unsicherheit hat bereits jetzt zu einem zurückhaltenderen Herangehen an die Vergabe von Neukrediten geführt und wird das weitere Neugeschäft bei Krediten im Jahr 2021 weiter und verstärkt belasten.

Südkaucasus

Armenien verzeichnet weiter Erfolge bei der **Förderung seiner High-Tech-Wirtschaft**. Die Zahl der Beschäftigten in der **Branche wuchs im Jahr 2020 um 22 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr und erreichte knapp 19.000. Die Zahl der aktiven Unternehmen in diesem Bereich steigerte sich um 192 auf 1228. Zertifizierte Unternehmen profitieren von Steuerprivilegien und Vergünstigungen. Hakob Arshakyan, Minister für High-Tech-Industrie, teilte weiter mit, dass der Umsatz dieses Wirtschaftszweiges im Jahr 2020 um 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sei. Der Umsatz belief sich auf 198 Milliarden Dram, rund 340 Millionen Euro. In der Statistik nicht berücksichtigt sind Unternehmen der Telekommunikationsbranche.

Nach vorläufigen Daten betrug die **Staatsverschuldung Armeniens** (intern und extern) zum 31. Dezember 2020 insgesamt 7,7 Milliarden US Dollar. Damit **stieg die Verschuldung gegenüber dem Vorjahr um rund 647 Millionen US Dollar oder 8,84 Prozent**, wie das armenische Statistikkomitee am 8. Februar 2021 berichtete.

Das **armenische Kabinett** genehmigte am 4. Februar 2021 ein wirtschaftliches **Krisen-Reaktionsprogramm**. Die COVID-19 Pandemie und der zweite Berg-Karabach-Krieg im Herbst 2020 hätten, so der stellvertretende Premierminister Tigran Avinyan, einen großen wirtschaftlichen Schock verursacht. Mit dem Programm **reagiere man auf einen erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um sieben bis acht Prozent** für das Jahr 2020. Mit dem Programm soll die allgemeine **wirtschaftliche Aktivität gefördert, ein belastbares und positives Geschäfts- und Verbraucherumfeld unterstützt und die Entwicklung einer mittelfristigen wirtschaftspolitischen Agenda** vorangetrieben werden. Das Programm

sieht **zwölf konkrete Maßnahmen und 14 Hilfsprogramme** vor. Zu den gezielten Programmen gehören unter anderem die **Förderung der Landwirtschaft** und der **Stadtentwicklung**. Weiterhin soll die **heimische Produktion weiterentwickelt** werden, um das Importverbot bestimmter Waren türkischen Ursprungs abzufedern. Die Regierung strebt an, mit dem Programm ein **zusätzliches Wachstum des BIP von einem Prozent** in Bezug auf die aktuellen Haushaltsplanungen zu generieren.

Armenien konnte eine **Eurobond-Anleihe in Höhe von 750 Millionen US-Dollar** am Markt platzieren. 500 Millionen US-Dollar sind für den Haushalt eingeplant. 250 Millionen US-Dollar dienen als Puffer. Nach Angaben des Büros des Premierministers überstieg die Nachfrage deutlich das Angebot. Der Haushalt 2021 ist mit Einnahmen in einem Gegenwert von 3,14 Milliarden US-Dollar und Ausgaben in einem Gegenwert von 3,85 Milliarden US-Dollar geplant.

In **Aserbaidschan** ist die Zahl der **aktiven Steuerzahler im abgelaufenen Jahr 2020 um über 24 Prozent gestiegen**. Dies teilte Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov mit. Die Zahl der aktiven Mehrwertsteuerzahler stieg nach Angaben des Ministers um mehr als siebzehn Prozent. **Zuversichtlich** äußerte sich Jabbarov auch über die **Entwicklung der Steuereinnahmen aus dem Nicht-Öl-Sektor**. Diese beliefen sich auf 5,6 Milliarden AZN (rund 3,2 Milliarden US-Dollar). Damit erreichte laut Ministerium der Anteil der Nicht-Öl-Steuern am gesamten Steueraufkommen rund 76 Prozent. Der Anteil des Nicht-Öl-Sektors am aserbaidischen BIP übersteigt im Jahr 2020 70 Prozent. **Ziel ist es, den Anteil der Exporte des Nicht-Öl-Sektors im Vergleich zum aktuellen Niveau bis zum Jahr 2025 zu verdoppeln**.

Aserbaidschan, Kirgisistan, Moldau, Tadschikistan und die Türkei haben ein **neues Projekt zur Stärkung** der nationalen Systeme zur **Kontrolle der Lebensmittelsicherheit** und Risikokommunikation gestartet, wie die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) mitteilt. Das im Rahmen des FAO-Türkei-Partnerschaftsprogramms für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführte Projekt wird regionale Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten in diesem Bereich sowie landesweite Aktivitäten entwickeln und soll effektive Lebensmittelkontrollsysteme in allen Stufen der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung etablieren.

Das **aserbaidschanische Parlament** diskutiert aktuell **Steuererhöhungen auf Zigarillos, Tabak, Tabakersatzstoffe sowie auf Flüssigkeit für elektronische Zigaretten**. Die Änderungen wurden in erster Lesung bereits angenommen. Weiterhin soll die **Einfuhr von Maschinen, Ausrüstungen und Geräten** für die Herstellung und Verarbeitung von **Schmuck aus Gold und Silber** ab dem 1. Januar 2021 für einen **Zeitraum von drei Jahren von der Steuer befreit werden**. Ebenso soll der Verkauf von Gold und Silber in Barren, Münzen und Pellets rückwirkend ab 1. Januar 2021 für einen Zeitraum von drei Jahren von der Verbrauchssteuer befreit werden. Auch diese Änderungsvorschläge wurden bereits in erster Lesung Anfang Februar 2021 angenommen.

Am 8. Februar 2021 traf sich der **georgische Premierminister Gakharia** mit Vertretern von rund 40 großen georgischen Arbeitgebern, um **Öffnungsperspektiven für die Wirtschaft**

zu diskutieren. Klar wurde, dass insbesondere im Tourismussektor Öffnungen von grundlegender ökonomischer Bedeutung sind, diese jedoch nur unter Einhaltung strikter Hygienekonzepte und einem entsprechend geringen Infektionsgeschehen erfolgen könne. Öffentliche Investitionen sollen weiter erhöht und Staatseigentum weiter privatisiert werden.

Georgien **erlaubt ab dem 1. Februar 2021 die Einreise von voll gegen COVID-19 geimpften Touristen**, ohne dass diese nach der Einreise nochmals Tests durchlaufen oder in eine Quarantäne müssen. Schrittweise und unter bestimmten Auflagen können **unterdessen Restaurants, Shopping Malls und andere von Schließungen betroffene Unternehmen** im Laufe des Februars ihre Geschäftstätigkeit wieder aufnehmen.

Indien und Georgien vertiefen ihre Beziehungen. Nachdem eine erste **Machbarkeitsstudie zum geplanten Freihandelsabkommen** beider Länder erfolgreich durchgeführt wurde, sollen die Gespräche zur Umsetzung möglichst bald beginnen. Darüber hinaus plant Indien auch die **Eröffnung einer eigenen Botschaft** im Land.

Konjunktur

Ukraine: Die **Haushaltseinnahmen der Ukraine stiegen im Januar um knapp 30 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr und lagen damit 6,7 Prozent über den eingeplanten Einnahmen. Die ukrainische **Leistungsbilanz verzeichnete für das Jahr 2020 ein Defizit in Höhe von 4,1 Milliarden US-Dollar**, nach einem Überschuss von 6,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019. Das Handelsdefizit sank auf 1,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 von 12,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019. Die **Experten von Concorde Capital** in Kiew beobachten, dass der **Außenhandel im Dezember 2020 deutlich zunahm** und ein größeres Volumen aufwies als im Vorkrisen-Dezember 2019. Die **Warenexporte** zogen angesichts der **für die ukrainischen Metallproduzenten sehr günstigen Bedingungen auf den Außenmärkten deutlich an**. Das Wachstum der Warenimporte sei vor allem durch einen sprunghaften Anstieg der Maschinenimporte getrieben, der auf die erhöhten Haushaltsausgaben zum Jahresende zurückzuführen sein könnte.

Die Nationalbank der Ukraine kommentiert: „Die ukrainische Wirtschaft erholt sich auch schneller als erwartet [...] Es wird **erwartet, dass die Wirtschaft in diesem Jahr [2021] fast den gesamten Boden zurückgewinnen wird**, den sie durch die Coronavirus-Krise verloren hat.“

Armenien verzeichnete im Jahr 2020 seine höchsten Handelsumsätze mit Russland, China und der Schweiz. Insgesamt belief sich der Außenhandelsumsatz im Jahr 2020 auf einen Wert von gut 7,1 Milliarden US-Dollar. Dies sind 13,2 Prozent weniger als im Jahr 2019. Nach Angaben der armenischen Statistikbehörde steht Russland mit einem Handelsumsatz von über 2,15 Milliarden US-Dollar (minus 3,5 Prozent ggü. 2019) auf Platz eins der Handelspartner, gefolgt von China (0,96 Milliarden US-Dollar, plus zwei Prozent ggü. 2019) und der Schweiz (0,49 Milliarden US-Dollar, minus 5,1 Prozent ggü. 2019). Mit den Ländern der Europäischen Union handelte das Land insgesamt Waren im Wert von 1,28 Milliarden US-Dollar (minus 22,9 Prozent ggü. 2019).

Aserbaidshon: Das Volumen der aserbaidshonischen Exporte belief sich 2020 auf 13,7 Milliarden US-Dollar, davon 1,9 Milliarden US-Dollar im Nicht-Öl-Sektor, berichtet das Zentrum für Analyse und Kommunikation der Wirtschaftsreformen Aserbaidshons in seinem „Export Review“ für Januar. Die **Nicht-Öl-Exporte sanken im Vergleich zu 2019 um 5,2 Prozent** oder 102 Millionen US-Dollar. **Hauptexportländern waren Russland, die Türkei und die Schweiz.** In der Liste der Nicht-Öl-Exporte des letzten Jahres steht Gold mit 205,6 Millionen US-Dollar an erster Stelle, gefolgt von Tomaten mit 201,4 Millionen und Baumwolle mit 131,9 Millionen US-Dollar. Der „Export Review“ **gibt auch Auskunft über die Exportaufträge**, die das Portal Azexport.az im Jahr 2020 erhalten hat. Diese erreichten im vergangenen Jahr ein **Volumen von 610,8 Millionen US-Dollar.**

Georgien: Das nationale **Statistikamt von Georgien (Geostat)** schätzt den **Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP)** Georgiens im Jahr 2020 auf **6,1 Prozent.** Einer **leichten Erholung im Herbst folgte ein erneuter Einbruch** im Winter. Allein im Dezember 2020 schrumpfte das BIP im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,9 Prozent. Besonders stark ging der Umsatz im Bereich Beherbergungs- und Gastronomiedienstleistungen, Bauwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung, Fertigung, Transport und Lagerung sowie Groß- und Einzelhandel zurück. Positiv entwickelten sich die Bereiche Finanz- und Versicherungswesen, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Information und Kommunikation sowie Bergbau.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Die Ukraine will die **Bodenschätze des Landes verstärkt Investoren zugänglich machen** und hat dafür eine Initiative gestartet. Lagerstätten für die Mineralien **Lithium, Titan, Uran, Nickel, Kobalt und Gold sollen stärker erschlossen werden.** Auf der Konferenz „Minerals of the Future“ wurden 30 Investitionsstandorte vorgestellt, die im Jahr 2021 im Rahmen von Online-Auktionen für Betreiber geöffnet werden sollen. Die **Versteigerung erster Lizenzen beginnt am 15. Februar 2021.** Ebenfalls zur Versteigerung kommen in diesem Jahr Lagerstätten Seltener Erden und Metalle, wie Tantal, Niob, Beryllium, Zirkonium und Scandium. Diese werden im Ukrainischen Schild gefunden, einem 250 km langen Gürtel, der sich über 1.000 km durch die Zentralukraine zieht, von Riwne im Nordwesten bis Luhansk im Südosten. **Details zu den Losen können beim Ost-Ausschuss erfragt werden.**

Das **ukrainische Infrastrukturministerium** schreibt demnächst Tender für den Bau von sechs Autobahnabschnitten im Land aus. Es handelt sich um Abschnitte der Autobahn Charkiw-Dnipro-Sapo (M-29, M-04, M-18), Borispol-Poltawa (M-03), Cherson-Mykolajiw (M-14), Kiew-Schytomyr-Riwne (M-06), Jagodin-Kowel-Lutsk (M-07, M-19), Dnipro-Krywyj Rih-Mykolajiw. Informationen (in ukrainischer Sprache) stellt das ukrainische Infrastrukturministerium [hier](#) zur Verfügung.

Veranstaltungsnachlese

Am 10. Februar 2021 hat die Sitzung des Länderarbeitskreis Belarus im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft stattgefunden. Die rund 50 Teilnehmer diskutierten mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Minsk, S.E. Manfred Huterer, mit den Leitern des Deutsch-Belarussischen Wirtschaftsclubs, der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft sowie des German Economic Team. Im Zentrum standen die aktuelle Situation im Land sowie die zu erwartende Entwicklungen im politischen und wirtschaftlichen Kontext. Die politische Unsicherheit wirkt sich auf die wirtschaftlichen Aktivitäten in nahezu allen Branchen bremsend aus. Die Kernfrage für das Jahr 2021 wird sein, wie sich Finanzierungsfragen der öffentlichen Haushalte, der großen Staatsbetriebe aber auch des privaten Mittelstands gestalten und unter welchen Umständen die wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- Die Sitzungen der **Länderarbeitskreise zur Ukraine und den Ländern des Südlichen Kaukasus** finden an folgenden Tagen in digitaler Form statt –
NUR FÜR MITGLIEDER
 - **Ukraine: 22. Februar 2021** – u.a. mit dem stellvertretenden Finanzminister der Ukraine Juri Dragantschuk
 - **Südkaukasus: 2. März 2021** – u.a. mit dem Botschafter von Georgien in Deutschland S.E. Prof. Dr. Levan Izoria
- **5. März 2021 – Pushing Eastern Europe Forward:** Schwerpunkt Finanzierung, u.a. mit Matteo Patrone, Managing Director Eastern Europe & Caucasus, European Bank für Reconstruction and Development; Mehr Informationen [hier](#).
- **Digital Partnership Germany – Ukraine:**
 - #1 AgriTech – 10. März 2021
 - #2 Robotics & Automation – Mitte April 2021
 - #3 e-health – Anfang Juni 2021
 - #4 Education & HR – Ende Juni 2021Die Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.
- Save the date: **19. März 2021** – [4. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum](#) (digital / hybrid)
- Save the date: **23. März 2021** - Agrarpanel zur georgischen Agrarwirtschaft

- Save the date: **22. April 2021** – Kooperationsveranstaltung mit UkraineInvest zum Thema Nearshoring im Bereich Manufacturing

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidschan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung Belarus hat ihren **aktuellen Länderbericht Belarus** [hier](#) veröffentlicht.

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)